

Datenschutzerklärung des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus

Informationsblatt zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten gemäß Art. 13 und Art. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung nimmt den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten sehr ernst. Mit den nachfolgenden Informationen informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten.

1. Name und Kontaktdaten der Verantwortlichen

Verantwortliche im Sinne der DSGVO ist:

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus

E-Mail: AP-Antisemitismus@senasgiva.berlin.de

Anschrift: Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus, Dienstsitz: Salzburger Straße 21, 10825 Berlin

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Sie erreichen unseren Datenschutzbeauftragten unter:

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Datenschutzbeauftragter Herr Christopher Volke

Oranienstr. 106, 10969 Berlin

E-Mail: datenschutz@senasgiva.berlin.de

Stellvertreterin:

Frau Simone Steinmetz

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Oranienstr. 106, 10969 Berlin

E-Mail: datenschutz@senasgiva.berlin.de

3. Art und Zweck der Datenverarbeitung

Die Kontaktaufnahme erfolgt über eine E-Mail an das Funktionspostfach des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus.

Nach Eingang einer Eingabe wird auf dem Datenlaufwerk des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus ein digitaler Ordner angelegt. Ihre personenbezogenen Daten werden lediglich zum Zwecke der Verweisberatung gespeichert.

Im Rahmen dieser reinen Verweisberatung erfolgt eine Einschätzung des Anliegens der Eingabe durch die Mitarbeiter*innen unseres Arbeitsbereiches. Ist der Bedarf identifiziert, führen wir eine Verweisberatung an zuständige staatliche Einrichtungen sowie an geeignete Anlaufstellen und Unterstützungsangebote von Vereinen, die durch das Land Berlin gefördert werden, durch.

Wenn Sie einwilligen, wird Ihr Anliegen oder dessen wesentlicher Inhalt einschließlich Ihrer personenbezogenen Daten an zuständige staatliche Einrichtungen übermittelt.

Zudem werden die eingehenden E-Mails übergangsweise im Funktionspostfach gespeichert.

Zu statistischen Zwecken werden die Eingaben darüber hinaus anonymisiert gespeichert. Im Rahmen dessen werden ausschließlich Datum der Eingabe, wesentliche Eckdaten zum gemeldeten Vorfall und ggf. Bezirk gespeichert – stets lediglich so weit, dass keine Rückführung auf Einzelfälle möglich ist.

4. Umfang der Verarbeitung personenbezogener Daten

Wir verarbeiten personenbezogene Daten grundsätzlich nur, soweit uns diese zur Verfügung gestellt werden und soweit die Kenntnis der Daten für eine Verweisberatung zwingend erforderlich ist.

Datenkategorie	Auflistung konkret verarbeiteter Daten
Daten zu persönlichen Verhältnissen	Name, Vorname, Geschlecht/ geschlechtliche Identität, Familienstand, Schul- und Berufsbildung, Beruf, Qualifikationen, Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer, Mobiltelefonnummer, Lebensalter, Daten von Familienangehörigen und minderjährigen Kindern, Religion, Sprache

5. Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Ihre personenbezogenen Daten werden soweit sie für die weitere Bearbeitung geprüft und im Postfach und im digitalen Ordner (siehe oben, 3.) gespeichert und werden, auf Grundlage des Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO verarbeitet. Das öffentliche Interesse besteht hier in der verfassungsmäßig verankerten Pflicht des Staates, die Menschenwürde, die Religionsfreiheit und den Schutz von Minderheiten zu gewährleisten sowie Straftaten und Diskriminierung zu verhindern.

Sofern personenbezogene Daten im Rahmen der Verweisberatung an andere Stellen weitergegeben werden, erfolgt dies nach Ihrer Einwilligung auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO.

6. Kategorien von Empfängern personenbezogener Daten

Im Rahmen der Verarbeitung erfolgt mit Ihrem Einverständnis bei Bedarf eine Übermittlung personenbezogener Daten an öffentliche und nichtöffentliche Stellen im Rahmen der Verweisberatung.

Kategorien von Empfängern	Auflistung konkreter Empfänger im Einzelfall
Behörden und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts	Senats- und Bezirksverwaltungen, z.B. Schulaufsicht, Bürgerämter, Polizei, Verfassungsschutz, Justizvollzugsanstalten, Universitäten/Hochschulen, Schulen, Volkshochschulen, Bibliotheken, Museen/Theater.
Beratungsstellen	Fachberatungsstellen, z.B. Bundes-, Länder- und Bezirksbeauftragte zu Antisemitismus, LADG-Ombudsstelle Berlin, Antidiskriminierungsbeauftragte für Berliner Schulen, Bürger- und Polizeibeauftragte des Landes Berlin sowie Antidiskriminierungsberatungsstellen

7. Dauer der Speicherung

Die personenbezogenen Angaben werden anonymisiert und anschließend gelöscht, soweit sie zur Erfüllung der Aufgaben des Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus nicht mehr benötigt werden, beziehungsweise nach Maßgabe der geltenden Vorschriften für die Erforderlichkeit der Aktenführung.

Das bedeutet konkret: Nach erfolgtem Abschluss des Sachverhalts werden die von Ihnen mitgeteilten Daten sowie der gesamte digitale Ordner (siehe oben, 3.) für die Dauer von bis zu einem Jahr aufbewahrt. Sollten die personenbezogenen Angaben zur Erfüllung der Aufgaben weiterhin benötigt werden, ist eine längere Aufbewahrung möglich, höchstens jedoch für zwei Jahre. Beginn der Löschfrist ist dabei das jeweilige Jahresende der Beendigung der Verweisberatung.

Aus dem Postfach werden E-Mails spätestens vier Wochen nach Abschluss der Verweisberatung gelöscht.

8. Ihre Rechte

Sie haben gegenüber der verantwortlichen Stelle das Recht:

1. auf Auskunft über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten (dazu gehören auch Auskünfte über Zweck, Empfänger und Dauer der Speicherung) nach Art. 15 DSGVO,
2. auf Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten (Art. 16 DSGVO),
3. auf Löschung gemäß Art. 17 DSGVO,
4. auf Einschränkung der Verarbeitung und Datenübertragbarkeit (Art. 18 und 20 DSGVO) sowie
5. der Verarbeitung Ihrer Daten jederzeit zu widersprechen (Art. 21 DSGVO). Legen Sie Widerspruch ein, werden Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeitet. Eine Ausnahme besteht, soweit zwingende schutzwürdige Gründe bestehen, die gegenüber Ihren Interessen überwiegen.

Eine einmal erteilte Einwilligung zu der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten für die Beratung (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a DSGVO) und zur Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a DSGVO) kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird dadurch nicht berührt. In diesem Fall können wir Ihnen möglicherweise mit Ihrem Anliegen nicht mehr helfen. Der Widerruf ist zu richten an den behördlichen Datenschutzbeauftragten an die in Ziff. I genannte Kontaktadresse.

Zur Wahrung aller in dieser Ziffer genannten Rechte kann sich jeder Betroffene an den Datenschutzbeauftragten (siehe Ziffer II) wenden.

Zudem können Sie sich - wenn Sie der Auffassung sind, dass bei der Verarbeitung Ihrer Daten datenschutzrechtliche Vorschriften nicht beachtet werden - mit einer Beschwerde an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden (Art. 77 DSGVO). Betroffene können ihre Beschwerde an die Behörde ihres Wohnsitzes, grundsätzlich aber auch an jede andere Datenschutzaufsichtsbehörde richten.

10555 Berlin

Tel.: +49 30 13889-0

Fax: +49 30 2155050

E-Mail: mailbox@datenschutz-berlin.de